

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1934

26 (17.1.1934) Morgenausgabe

Bezugspreis: Frei Haus monatlich 2,00 M im Voraus, im Verlag oder in den Zweigstellen abgeholt 2,50 M. Durch die Post bez. (einmal wöchentlich) monatlich 2,10 M zuzügl. 42 Pf. Zustelgeb. Einzelpreise: Wertlos-Nummer 10 Pf., Sonntags-Nummer u. Feiertags-Nummer 15 Pf., im Fall höherer Gewalt, Streit, Auslieferung usw. hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mtz. auf den Monats-Beleg angenommen werden. Anzeigenpreise: Die 22 mm breite Mittelzeile 10 Pf., Stellen-Gesuche und Angebote, Familien- und einseitige Gelegenheits-Anzeigen von Privaten ermäßigter Preis. Die 98 mm breite Mittelzeile im Textteil 70 Pf., bei Wiederholung tarifreduzierter Abat, bei Mengenablässen nach Tafel C, bei der Abrechnung des Jales, bei gerichtlicher Verrechnung und bei Konturufen außer Kraft tritt. Erstausgabeort und Gerichtsstand in Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Badens große Heimatzeitung

Karlsruhe, Mittwoch, den 17. Januar 1934

Eigentum und Verlag von: Ferdinand Schickler: Adolf Schickler: Siebentrichter: Max E. Pfeil. Druckerei: Hermann Schickler: für die Redaktion: Dr. Otto Schupp; für Nachrichten aus dem Lande: Albert Doerrhuber; für Kommunitäten und Briefkasten: Karl Winter; für Anzeigen und Sport: Richard Schneider; für Kunst, Wissenschaft und Unterhaltung: Max Pfeil; für den Handelsteil: Felix Pfeil; für die Anzeigen: Ludwig Meindl; alle in Karlsruhe. Berliner Schickler-Verlag: Dr. Kurt Meiser. Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054. Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße Nr. 20a. — Postcheckkonto: Karlsruhe Nr. 8350. — Belegnum: Wolf und Deimel / Buch und Karton / Film und Kunst / Roman-Blatt / Deutsche Jugend / Vorbild / Frauen-Zeitung / Welt und Vaterland / Land- und Forstwirtschaft / Karlsruher Verkehrs-Zeitung. Zweimal wöchentlich 16.500. Einmal wöchentlich 19.500. Gesamt-D. A. XII. 33: 36 000.

Das neue Arbeitsgesetz.

Treueverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Belegschaft / Führergedanke in der Wirtschaft / Ausdehnung des Kündigungsschutzes. Gemeinden und Auslandskredite - Frankreichs Außenpolitik - Das indische Erdbeben.

m. Berlin, 16. Jan. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Das mit dem 1. Mai in Kraft tretende Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit wird das Verhältnis zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf eine vollkommen neue Grundlage stellen. Bisher hatten wir die beiden Gruppen immer nur als Gegner kennen gelernt, die über eigene Organisationen verfügten, die sie von Zeit zu Zeit einsetzten, um Sonderzwecke anzukämpfen. Arbeitskämpfe hat es in großer Zahl gegeben, darunter in der Nachkriegszeit eine Fülle politischer Streiks, wie überhaupt nach dem Novemberumsturz die Politik immer stärker in den einzelnen Betrieben und damit in die Wirtschaft selbst einzudringen vermochte. Für die deutsche Volkswirtschaft war das alles andere als ein Gewinn. Mit diesem Gesetz soll in die Betriebe ein neuer Geist einziehen, der nur die Volksgemeinschaft und die Erfüllung der aus ihr sich ergebenden Aufgaben auf dem Gebiete der nationalen Arbeit kennt. Denn Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben nicht nur ihre eigenen Interessen, sie haben auch zum Nutzen der Volksgemeinschaft zu wirken, was sich eben nur erreichen läßt, wenn sie eine Gemeinschaft unter Führung des Arbeitgebers darstellen, und alle Gegenstände der Vergangenheit verschwinden. Im Reichsministerium für Volkserziehung und Propaganda fand Dienstag ein außerordentlich stark besuchter Presseempfang statt, bei dem die Minister Seidte und Schmitt Sinn und Ziel des Gesetzes zur Ordnung der nationalen Arbeit in eingehenden Ausführungen darlegten. Die beiden Minister waren in Begleitung ihres engeren Mitarbeiterstabes erschienen, darunter Staatssekretär Krohn, Dr. Mansfeld und Dr. Wohl, die zusammen mit Dr. Ley, dem Führer der DAF, an entscheidender Stelle an der Ausarbeitung des grundlegenden Gesetzes beteiligt waren.

Interessengegensätze gibt es nicht mehr, vielmehr haben alle mehr ein gemeinsames Interesse, den Betrieb, der ihnen allen Arbeit und Brot gibt. Der Vertrauensrat ist zur Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsbedingungen berufen, soll mitwirken bei der Ausgestaltung des Betriebschutzes und bei der Beilegung etwa auftretender Streitigkeiten. Die Institution der Treuhänder der Arbeit, die ihre Bewährung in den vergangenen Monaten hinreichend bewiesen haben, bleibt erhalten. Die Treuhänder der Arbeit werden nunmehr Reichsämter mit allen Rechten und Pflichten. Sie unterstehen der Dienstaufsicht des Reichsarbeitsministeriums und haben von ihm und dem Reichswirtschaftsminister Weisungen zu empfangen. Zur Erhaltung des Arbeitsfriedens haben sie ganz bestimmte, im Gesetz einzeln aufgeführte Aufgaben zu erfüllen. Die soziale Ehre wird künftig die Grundlage der gemeinsamen Arbeit in den Betrieben sein. Die Entwicklung des Begriffes der sozialen Ehre und die Schaffung einer besonderen Ehrengerichtsbarkeit bildet eines der Kernstücke des Gesetzes. Ein besonders eingehend ausgestalteter Kündigungsschutz ist gleichfalls dazu angetan, die kameradschaftliche Verbundenheit in den Betrieben zu stärken. Das große Gesetz wird am 1. Mai d. J., dem zweiten Tage der nationalen Arbeit, in Kraft treten. An diesem Tage werden die Vertrauensleute der Betriebe feierlich vor der feierlich versammelten Belegschaft zum ersten Male geloben, daß sie im Geiste ehrenhafter Kameradschaft dem Gemeinnutz und dem Wohle aller Angehörigen des Betriebes dienen werden.

Nach den Ausführungen des Reichsarbeitsministers hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt eine kurze Ansprache. Er führte u. a. aus: Ein Volk hat wahrhaft Großes immer nur dann geleistet, wenn es sich geschlossen und entschlossen für die ihm gestellten Aufgaben eingeleitet hat. Das gilt wie für ein Volk, so für seine Wirtschaft, ja auch für jedes einzelne wirtschaftliche Unternehmen. Jeder wirklich tüchtige Führer weiß, daß er den Erfolg nur dann auf die Dauer an seine Fahne heften kann, wenn die Belegschaft ihm vertraut und mit vollem Herzen dabei ist. Jeder vernünftige Gefolgsmann weiß, daß er nur dann auf festem Boden steht, wenn er nach alter deutscher Art sich wirklich selbst ganz einleitet, seinem Führer folgt und ihm die Treue hält. Abgeschlossen ist das Gesetz in vielen Einzelheiten so locker gehalten, daß Spielraum für Entwicklungsmöglichkeiten gelassen ist. Möge dieser immer in dem Sinne benutzt werden, den großen Gedanken des Arbeitsfriedens zu vertiefen und nicht zu verwässern. Zum Schluß dankte der Reichswirtschaftsminister nach ganz besonders dem Reichsarbeitsminister Seidte, der Hauptbeteiligter an dem Gesetz sei. Es sei ihm höchst wertvoll für den neuen nationalsozialistischen Geist, daß dieses Gesetz in enger Zusammenarbeit zwischen dem Reichsarbeitsministerium, der Arbeitsfront, Vertretern der Wirtschaft und dem Reichswirtschaftsministerium bearbeitet und herausgebracht worden sei. Dieses Verhältnis zeige, daß man gerade in der obersten Spitze sich darüber klar sei, daß Arbeit und Wirtschaft ein unzertrennlicher Begriff für das ganze Volk sind. Dieser glückliche Anfang werde hoffentlich zum Glück unserer ganzen Nation führen.

Zuerst ergriff Reichsarbeitsminister Seidte das Wort. Er dankte zunächst dem Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt sowie Staatsrat Dr. Ley für ihre hingebungsvolle Arbeit bei den Vorarbeiten zum Gesetz und führte dann u. a. aus: Es ist in der Tat das erste große soziale Gesetzgebungswerk, das die Grundgedanken der Weltanschauung unseres neuen Reiches zum Ausdruck bringt. Die Hervorhebung des Führergedankens in der deutschen Wirtschaft, die Beteiligung der unselbstigen Klassenangehörigen, unter denen die deutsche Wirtschaft zusammengedrückt ist, und die Hervorhebung des Begriffes der sozialen Ehre in der Wirtschaftsführung sind die nationalen und sozialistischen Grundpfeiler, auf denen dieses neue Werk errichtet ist. Der Unternehmer erhält als Führer des Betriebes die verantwortliche Stellung, die ihm nach den Grundgedanken nationalsozialistischer Weltanschauung nach dem Führerprinzip zukommt. Daß die Freiheiten, die ihm gegeben sind, richtig verwendet werden und daß aus den verlebten Rechten nicht eine Willkürherrschaft im Betriebe entsteht, dafür sorgt die soziale Ehrengewissenshaftigkeit, die wohl zum ersten Male in der ganzen Welt durch dieses Gesetz begründet worden ist. Im ersten Abschnitt des Gesetzes haben wir bewußt dem endgültig beseitigten marxistischen Klassenkampf die Gemeinschaftsarbeit aller Betriebsangehörigen gegenübergestellt. Wir führen im Betriebe Unternehmer und Belegschaft zueinander. Das Arbeitsverhältnis wird zum Treueverhältnis. In großen Betrieben ist diese allerengste Gemeinschaftsarbeit nicht möglich. Für sie steht daher das Gesetz die Einhaltung von Vertrauensmittlern vor, die als Angehörige der Belegschaft dem Führer beratend zur Seite treten und mit ihm und unter seiner Leitung den Vertrauensrat bilden. Mit ihm ist eine dem alten Betriebsrat entsprechende Interessensvertretung geschaffen.

T. Paris, 16. Jan. (Eigener Drahtbericht der Bad. Presse.) Die außenpolitische Aussprache im Senat fand heute ihren Abschluß mit einer großen Rede Paul-Boncours. So demersenswert es ist, daß Paul-Boncours wieder diese Gelegenheit benutzte, um einer stets überflüssigen außenpolitischen Hervorstimmung Frankreichs entgegenzutreten, so bedauerlich bleibt es, daß auch diese außenpolitische Rundgebung Paul-Boncours an demselben grundsätzlichen Widerspruch leidet, der die gesamte Außenpolitik der französischen Linken in den letzten Jahren angeht: Auf der einen Seite glänzende Verteilung der französischen Bündnispolitik und enge Heranziehung der befreundeten Mächte; auf der anderen Seite die wiederholte ausdrückliche Versicherung, daß Frankreich nicht daran denkt, Deutschland nach dem Vorkriegssystem einzukreisen. Ein ebensolcher Widerspruch besteht in der Versicherung Paul-Boncours, sich nicht in innerdeutsche Verhältnisse einmischen zu wollen, während er gleichzeitig in seiner heutigen Rede unerbittlich Kritik an innerdeutschen Geschehen nimmt, soweit dieses notwendigerweise die deutsche Außenpolitik beeinflusst. Was die deutschfeindliche Entgleisung Paul-Boncours anbe-

trifft, so findet sie nur eine teilweise Erklärung in dem höchst stürmischen Verlauf, den die Aussprache im Senat gerade in Bezug auf die französische Deutschlandpolitik genommen hat. Paul-Boncours wurde hierbei der Vorwurf einer „schwachen Politik“ gemacht. Nach General Bourgeois bestieg Außenminister Paul-Boncours die Rednertribüne, um im wesentlichen zu drei Fragen zu sprechen: Zu der Abrüstungskonferenz, zur Krise des Völkerbundes und zum Schluß zu den unmittlerbaren Verhandlungen mit Deutschland, worunter Paul-Boncours

Die Antwort nach Genf.

DNB, Berlin, 16. Jan. Heute Abend ist die Antwort hinsichtlich der Beteiligung der Reichsregierung an den Beratungen des Völkerbundesrates über die Saarfrage abgegangen. Sie wird über den deutschen Konjunkt in Genf an den Generalsekretär des Völkerbundes, Avenol, geleitet.

nur die auf unmittelbarem diplomatischem Wege geführten Verhandlungen verstehen will, denn sensationelle Begegnungen, so erklärte er, gehörten nicht zu seinem Programm. Man habe ihn aufgefordert, klar zu sprechen. Frankreich habe bisher stets eindeutig gesprochen. Man habe vielleicht nicht soviel Lärm gemacht wie in gewissen anderen Ländern. Man wolle die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht übersehen, aber die Regierung sei der Ansicht, daß sie keine Nervosität, noch Beunruhigung oder Autokratie rechtfertigen, besonders im Hinblick auf die Unterstützung, die Frankreich von anderen Ländern zu erwarten habe, und auf die Meinungsvereinbarung mit diesen Nachbarn. (!)

Die deutsche Revolution stelle Europa vor ein Fragezeichen, denn so behauptete Paul-Boncours — man sehe noch nicht klar, welches die wirklichen Ziele Deutschlands seien.

Es sei natürlich (?), wenn verschiedene Länder sich beunruhigt fühlten. Die nationalsozialistische Auffassung von der Nation gehe dahin, die Grenzen zu überschreiten, um die Völker der gleichen Rasse für sich zu gewinnen. Der Beweis sei das Problem des Saargebietes und das Problem Oesterreichs (!).

Zum Saarproblem sei zu sagen, daß Frankreich kein Recht habe, auf die Volksabstimmung zu verzichten (!).

Trotz vorteilhafter Angebote, die man Frankreich auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht habe, könne Frankreich die Saarbevölkerung das Recht auf freie Abstimmlung nicht nehmen.

Ebenso wie Frankreich diese Rechte der Saarbevölkerung zu garantieren wünsche, wünsche es auch, die österreichische Unabhängigkeit aufrecht zu erhalten. Frankreich habe die Unabhängigkeit Oesterreichs immer als den Schlüssel zum europäischen Gleichgewicht angesehen.

Das glücklichste Ergebnis der französischen Politik in der österreichischen Frage sei die juristische Verurteilung des Anschlusses durch das Haager Schiedsgericht.

Ueber die notwendige Unabhängigkeit Oesterreichs bestimme zwischen Frankreich und Italien vollkommene Meinungsvereinbarung.

Der französische Außenminister ging dann auf die allgemeine europäische Politik über und erklärte u. a., Frankreich habe immer die friedfertigen Länder um sich zu scharen versucht, nicht um Deutschland einzukreisen — dieses Wort habe vor dem

Was geschieht mit den Emigranten?

Ein bedenklicher Erlaß Görings / Die deutschen Länder sollen sich dem preußischen Vorbild anschließen.

□ Berlin, 16. Jan. Ministerpräsident Göring hat als Chef der Geheimen Staatspolizei zu der Frage der Rückwanderung deutscher Emigranten aus dem Auslande an die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und sämtliche Staatspolizeistellen einen Erlaß gerichtet, in dem u. a. gesagt wird, daß sich infolge der allmählichen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage der Mehrzahl der Emigranten schon jetzt eine zunächst noch langsame Rückwanderung nach Deutschland bemerkbar macht. Zur Gewährleistung einer einheitlichen Behandlung dieser zurückkehrenden Emigranten ersucht der preussische Ministerpräsident um sorgfältige Beachtung besonderer Richtlinien, die er hierfür aufgestellt hat. In den Richtlinien werden die Emigranten in verschiedene Klassen eingeteilt und entsprechend eine unterschiedliche Behandlung anempfohlen. Danach besteht, wie der Amtliche Preussische Pressedienst meldet, an der Rückkehr krimineller Elemente, deren Zahl die der wirklichen politischen Flüchtlinge bei weitem übertrifft, keinerlei Interesse. Auch die Rückkehr der vielen Tausende von Flüchtlingen nichtdeutscher Staatsangehörigkeit — ihre Zahl beläuft sich nach Mitteilungen des Landesamt Flüchtlingshilfswerks auf 16 000 von insgesamt 60 000 Flüchtlingen — ist im neuen Deutschland nicht erwünscht. Falls diese meist aus dem Osten eingewanderten Personen wieder in Deutschland aufzuwachen sollten, sind sie in polizeiliche Haft zu nehmen und bis zur endgültigen Ausweisung in ein Konzentrationslager zu bringen. Die marxistischen Zerleger und Zer-

brecher, die sich früher in führenden Stellungen befunden haben, müssen gewarnt sein, daß auf jede ihrer Niederträchtigkeiten hin alle möglichen Repressalien persönlich und vermögensrechtlicher Art ergriffen werden. Dagegen soll den grundlos verängstigten Volksgenossen, die aufgrund gewissenloser Propaganda ins Ausland geflohen sind, die Heimkehr nicht verwehrt werden, wenn sie vertrauensvoll zurückkehren und beweisen können, daß sie schon vor ihrer Rückkehr bemüht gewesen sind, gegen die Greuel- und Hetzpropaganda im Ausland Front zu machen. Der nationalsozialistische Staat hat so vollkommen über den Gegner gesiegt, daß er dem kleinen und geängstigten Volksgenossen ohne Gefahr vergeben kann, sofern dieser aufrichtig und ernst gemittelt ist, sich der neuen Volksgemeinschaft rückhaltlos anzuschließen. Alle deutschen Länder sind vom preussischen Ministerpräsidenten gebeten worden, sich diesem Verfahren zum Zwecke eines einheitlichen Vorgehens anzuschließen. Der Inspekteur der Geheimen Staatspolizei, Ministerialrat Dieks, teilte einem in Paris lebenden Emigranten auf Anfrage mit, daß die Behandlung der nach Deutschland zurückkehrenden Emigranten in erster Linie danach bemessen werde, welche Haltung die Heimkehrer gegenüber ihrem Vaterland im Ausland eingenommen hätten. Wer schon jetzt durch sein Verhalten im Ausland zu erkennen gebe, daß er sich als Deutscher für die Wiedergutmachung des seinem Vaterland zugefügten Unrechts einsehe, könne auf vollen persönlichen Schutz und ungehinderte Berufsausübung rechnen.

Die Arbeitschlacht im Gulachtal.

Hornbergs vorläufige Aufwendung für neue Arbeitsbeschaffung rund RM. 250 000. Keine Wanderburschen mehr.

Das zu Ende gegangene Jahre 1933 gab auch der Gemeindeverwaltung Hornberg begründeten Anlaß zu einem Rückblick über die Tätigkeit, die von den umwälzenden Ereignissen des Jahres 1933 stark beeinflusst und von dem Aufschwimmen der nationalsozialistischen Regierung gefördert wurde. Der neue Gemeinderat, der im April d. J. das Erbe einer vergangenen Zeit antrat, sah sich einer enormen Verschuldung der Stadt und gleichzeitig hohen Arbeitslosenziffern gegenüber, die eine schwierige Situation ergaben. So betrug am 1. April 1933 der Schuldenstand der Stadt 470 687 Mark, der ungedeckte Fehlbetrag 30 000 Mark. Dabei war die Arbeitslosigkeit größer denn je, was die nachstehende Tabelle beweist, die aber gleichzeitig auch den Erfolg der mit größter Fähigkeit und Energie geführten Arbeitschlacht aufzeigt.

Hornberg hatte:	Allg. Kr. No. Unterst.-Empfänger	Fürsorge-Unterstütz.-Empfänger
am 31. Dez. 1932	253	80
am 1. April 1933	255	105
am 1. Oktober 1933	75	60
am 31. Dezember 1933	127	108

Die klare Erkenntnis, daß die schwierige Lage der Stadt nur durch schnelle Senkung der Fürsorgeausgaben Entlastung erfahren könnte, bestimmte zumangsläufig die Tätigkeit des Gemeinderates, die sich in der Hauptsache auf die Arbeitsbeschaffung konzentrierte, hatte doch die Stadt mit rund 3200 Einwohnern im Geschäftsjahr 1932-33 für Unterhaltungen den enormen Betrag von 161 890 Mk. ausgegeben. Dieser Erkenntnis verflocht sich auch die tiefste Grobdrucke nicht, die der Aufforderung der Stadtverwaltung, an der energischen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit teilzunehmen, bereitwillig nachkam und durch Einstellung überplanmäßiger Arbeitskräfte zu dem Erfolg der Arbeitschlacht beitrug. Nur dadurch konnte der Höchststand der Arbeitslosigkeit um etwa 60 Prozent vermindert werden. Wenn auch die geschäftlich saisonmäßigen Einflüsse und ein verhältnismäßig früh einsetzender strenger Frost die Zahl der Erwerbslosen wieder ansteigen ließ, so lag doch am Ende des Jahres 1933 die Gesamtzahl der Unterhaltungsempfänger gegenüber dem Stand vom 31. Dez. 1932 um rund 100 Mann oder 30 Prozent niedriger.

Wie ein roter Faden zog sich durch alle Beratungen des Gemeinderates die Frage der Arbeitsbeschaffung, die zur Projektion bzw. Inangriffnahme folgender Arbeiten führte:

1. Anlage einer Straße über dem Bahnhofs, die neben der Erschließung eines sonnigen Baugebietes in waldbaulicher Hinsicht Aufschließung eines großen Waldgebietes und damit bessere Verwertung des aus den städt. Wäldern anfallenden Holzes ermöglicht. Der Gesamtumfang dieser auf den Namen Adolf Schuppel getauften Straße beträgt 60 000 RM., der Bauumfang ist mit 15 000 Tagewerken beziffert, gibt also 100 Mann 1/2 Jahr Arbeit.

2. Erweiterung der Wasserleitung über die neue Straße und gleichzeitig Erneuerungs- und Reinigungsarbeiten des alten Wasserleitungsnetzes, eine Arbeit, die auf 3000 Tagewerke bezehmet ist und einen Kostenaufwand von RM. 28 000.— verursacht.

3. Projekt ist der Erstellung einer neuen Müllhepette. Brücke über den Reichenbach mit einem Aufwand von RM. 7500.— geplant. Durch diesen Brückenbau wird ein neues Baugebiet erschlossen, auf dem gegenwärtig 4 Siedlungsbauten mit Hilfe von Reichsmitteln völlig aus Holz mit einem Aufwand von je RM. 5400.— erstellt werden, wozu die Stadt das benötigte Holz aus eigenem Besitz im Werte von je RM. 2000.— in Form von Darlehen zur Verfügung stellt.

Eine nicht unbedeutende Hilfe im Kampf mit der Arbeitslosigkeit wird auch durch die Haus- und Instandhaltungsarbeiten geleistet, für die die Hausbesitzer durch intensive Bearbeitung interessiert wurden. So lagen bis 31. Dezember 1933 72 genehmigte Anträge vor, die Arbeiten in der Gesamthöhe von RM. 65 000.— umfassen. Weitere Anträge, darunter ein größeres Projekt, wurden inzwischen eingereicht.

Durch Neuanlage des Feuer- und Versicherungsbuches kann auch endlich die geplante Neu-Nummerierung der Straßen und Häuser durchgeführt werden.

Der vor einigen Jahren durch einen tiefen Felsrutsch stillgelegte Steinbruch, der einen ausgezeichneten Granit-Flachstein liefert, dürfte demnächst zu einer Neu-Verpachtung kommen.

Für den umfangreichen städtischen Hausbesitz ist eine planmäßige gründliche Erneuerung vorsehen, wie auch die Stadt für Erneuerungsarbeiten im Schulhaus wie für Instandsetzungsarbeiten an den Beleuchtungsanlagen in Schulhaus und Turnhalle größere Beträge aufwendet. Auch das städt. Krankenhaus hat durch Anlage einer zeitgemäßen Kläranlage und einer gründlichen Erneuerung ihrer an sich schon neuzeitlichen Einrichtung zur Arbeitsbeschaffung beigetragen. Durch zeitgemäße Anpassung der Verpflegungssätze wurde es zudem jedermann ermöglicht, dieses Institut, das sich durch seine hervorragende Leitung des besten Rufes erfreut, in Anspruch zu nehmen. Ebenso wurde das Schlachthaus, wenn auch durch geringere Arbeiten zur Arbeitsbeschaffung herangezogen. Nebenbei bemerkt, war es das erste Schlachthaus im Bezirk.

Ein Erdstöß im Hohenwald.

Strittmatt (Hohenwald), 16. Jan. Wie jetzt bekannt wird, wurde am letzten Freitagabend um 9.14 Uhr hier ein ziemlich heftiger Erdstöß verspürt, der von einem starken Getöse und einem fernen Donnerrollen begleitet war. Auch in anderen Orten des Hohenwaldes, sowie auch in Murg, wurden die gleichen Beobachtungen gemacht. Auch hier wird das starke, unterirdische Rollen, mit dem der Erdstöß begleitet war, hervorgehoben. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß es sich um ein lokal ziemlich begrenztes Erdbeben handelte.

Heidelberg, 16. Jan. (Den Seismograph aus dem Gleichgewicht gebracht.) Das am Montag vormittag gemeldete Fernbeben, das seinen Herd in Indien hat, verzeichnete auch der Seismograph der Königsstuhlsterntarte. Die Bewegung war so stark, daß der Seismograph aus seiner Gleichgewichtslage gebracht wurde und den weiteren Verlauf des Bebens nicht mehr aufzeichnete.

Vom Föhnsturm abgedeckt.

Oberlauringen, 16. Jan. Der starke Föhn, der am Sonntagabend und in der Nacht zum Montag über Oberbaden brauste, hat den Neubau der Jugendherberge und das Unterfunktionshaus auf der Rüßsburg schwer beschädigt. Der ganze Dachstuhl mit Ziegeln wurde abgehoben, ebenso der noch nicht verschaltete Aufbau des oberen Stockes, der zum größten Teil aus Holz bestand. Der Sachschaden ist durch Versicherung gedeckt.

X Bietigheim (Amt Kastatt), 16. Jan. (Motorradunfall.) Zwei Teilnehmer an einem Mastenball wollten nach der Sonntag nacht nach dem benachbarten Eichesheim fahren, als sie mit ihrem Motorrad an einer besonders unübersichtlichen Kurve im Wald stürzten. Während der Fahrer nur mit geringfügigen Beulen im Gesicht davontam, wurde der Soziusbegleiter erheblich am Kopfe verletzt und mußte Sanitätshilfe in Anspruch nehmen.

das schon vor der amtlichen Einführung der Trichinenschau diese in musterwürdiger Form durch Tierarzt Dr. Flüge einführt.

Im abgelaufenen Jahre fiel auch die Entscheidung über das Verbleiben des hiesigen Finanzamtes zugunsten Hornbergs. Durch den Ausbau, den das Finanzamtsgebäude inzwischen erfahren hat, ist das Verbleiben wohl für immer gesichert.

Ein immer wieder sich recht unliebsam bemerkbar machender Mangel ist das Fehlen eines großen Versammlungsraumes, der für alle Zwecke verwendbar wäre und ein Fassungsvermögen von etwa 6-800 Personen hätte. Da das kulturelle Leben der Gemeinde unter diesem Mangel schwer leidet, kann die Stadtverwaltung nicht umhin, dieser Frage ihr besonderes Augenmerk zu schenken.

Trotz der finanziell angespannten Lage der Stadt ist die Aussicht nicht ohne Hoffnung, da ein großes Arbeitsprogramm unmittelbar nach Beendigung des Winters in Angriff genommen werden kann. Es besteht nunmehr begründete Hoffnung, daß endlich auch der vollständige Ausbau der Kothaldenstrasse erfolgt, nachdem bereits die Pechtäler-Seite ausgebaut wurde. Und da auch unsere schwäbischen Nachbarn die Straße nach dem Föhrenbühl ausbauen, wird auch die Strecke Hornberg-Föhrenbühl den notwendigen Ausbau erfahren, womit dann endlich der Weg für die direkte Autoverbindung Schramberg-Hornberg-Elzach frei ist, und eine Auto-Höfenstraße vom größtem Reiz geschaffen wäre.

Die Zeitverhältnisse haben auch eine bemerkenswerte Veränderung im Straßenbild gebracht. Verschwunden ist der früher nie versiegende Strom der Wanderburschen und Kintenkörper wie der Hausierer. Sie haben sich völlig verlaufen und damit die Frage der Errichtung einer Wanderstation in Hornberg auf das einfachste selbst gelöst. Verschwunden sind auch die früher herumlungelnden Gruppen der Halbwüchsigen, die den völligen Mangel an Zuflucht und Ordnung im alten Staat recht anschaulich demonstrierten. Statt dessen vernimmt man den disziplinierten Gleichschritt brauner Scharen, erleben wir am 1. Mai einen für Hornberg besonders denkwürdigen Tag. Und wenn Gemeinderat und Stadtverwaltung erklären, ihre Pflichterfüllung und Tätigkeit nicht nur in der sorgfältigen und umfichtigen Verwaltung des Gemeinwesens, sondern ihre gegenwärtige und zukünftige Aufgabe darin zu erblicken, Mitarbeiter am Auf- und Ausbau eines wahrhaft nationalen und sozialen Staates zu sein, so dürfen sie der gutwilligen Mithilfe aller wahrhaft nationalsozialistisch gesinnten Einwohner Hornbergs sicher sein, womit Verwirklichung erzielt werden kann, des alles beherrschenden Leitgedankens der nationalsozialistischen Idee.

Gemeinnutz geht vor Eigennutz!

Gemeinde-Umschau.

Die Baden-Badener Gemeindeparlamente tagen

Baden-Baden, 16. Januar. In der heutigen Stadtratssitzung wurden die von Seiten der Stadt in den Verwaltungsrat der Bäder- und Kurverwaltung zu entsendenden weiteren Verwaltungsratsmitglieder ernannt. Es sind dies Oberbürgermeister i. R. Hermann Elfinger und Dr. Eugen Schmidt, der Vorsitzende des Verzevereins in Baden-Baden. Oberbürgermeister Hans Schwedhelm ist bereits in seiner Eigenschaft als amtierender Oberbürgermeister satzungsgemäß Mitglied des Verwaltungsrates. Unter den übrigen Stadtratsmitgliedern verdient allgemeines Interesse die Absicht, durch Erweiterung des Augustplatzes vor dem Gebäude der Kur- und Bäderverwaltung eine vergrößerte Parkplatzmöglichkeit zu schaffen.

In der hierauf stattgefundenen Bürgerausschusssitzung wurde das Umschuldungsverfahren mit der Badischen Komm. Landesbank Mannheim vorstufungsgemäß angenommen. Es handelt sich hierbei um ein im Jahre 1927 von der Gemeinde Sos bei der genannten Bank aufgenommenes Darlehen von 250 000 Mark, das zur Rückzahlung fällig war und nun in ein langfristiges Darlehen auf einem gegen den bisherigen leicht erhöhten Zinssatz, unfindbar auf fünf Jahre, umgewandelt wurde. Weiter stimmte der Bürgerausschuss einer kleinen Satzungsänderung im Bäder-Vertrag zu, wonach von an Verwaltungsratsitzungen teilnehmenden fünf Mitgliedern drei von Seiten des Staates anwesend sein müssen. Ferner wurde dem Hausverkauf des Anwesens Maximilianstraße 11 zum Preise von 18 000 RM. Zustimmung erteilt.

m. Mörchi, 15. Jan. (Aus dem Gemeinderat.) Da der Ertrag des letzten außerordentlichen Holzhebtes aufgebracht ist, soll in Verbindung mit dem Forstamt Eßlingen ein neuer außerordentlicher Holzstöß von 1000 Festermetern zur Tilgung von Schulden bzw. zu neuer Arbeitsbeschaffung verwendet werden. — Die Hofkundsarbeiten im Dammfeld (Vertiefung von Wasserabzugsgräben), werden gemäß

Ein Schwabenkreuz.

Pforzheim, 16. Jan. In der württembergischen Gemeinde Kenningen, unweit der badischen Landesgrenze, spricht man über einen echten Schwabenkreuz, der sich in einem allernächst gelegenen Nachbortort zutrifft. Nach Gemeinderatsbeschluss sollte das Rathaus verputzt werden. Gips und Zement zu diesem Zweck wurden im Rathaus aufbewahrt. Kurz darauf erhielt die Gemeinde Kunstdünger für ihre Tannenplantagen. Dieser wurde im gleichen Raum im Rathaus untergebracht. Dann wurden einige ältere Männer beauftragt, den Kunstdünger bei den jungen Tannen im Walde zu streuen. Das geschah auch, aber später stellte sich heraus, daß die braven Leute anstelle des Kunstdüngers den Zement ermischt hatten. Als dann der Gipsler kam, fand er zum Verputzen nur noch den Kunstdünger vor. In dem betreffenden Ort wurde über diesen „Schwabenkreuz“ zu gleicher Zeit viel gelacht und geschimpft.

Mißglückte Heimkehr am Dachhandel.

Heidelberg, 16. Jan. In der vergangenen Nacht versuchte ein 27 Jahre alter Mann in der Römerstraße, der beim Nachhausekommen seine Haustür verschlossen vorfand, durch Entlangklettern am Dachhandel in seine Wohnung zu gelangen, wobei er abstürzte. Er wurde in schwer verletztem Zustand mit einer Gehirnerschütterung in die Klinik verbracht.

Heidelberg, 16. Jan. (Tödlicher Treppensturz.) Montag früh ist hier eine 76 Jahre alte Witwe von der Kellerterrasse gestürzt, und zwar anscheinend infolge eines Schlaganfalles. Sie lag sich bei dem Sturz schwere Verletzungen zu, denen sie im Laufe des Tages erlegen ist.

St. Georgen i. Gehren, 16. Jan. (Schwerer Unfall.) Im Steinbruch in Sommerau, gegenüber der Sprungschanze, löste sich ein Stein und slog dem Arbeiter Josef Braun an den Kopf. Braun erlitt eine Verletzung an der linken Schläfe und mußte in bewußtlosem Zustande in das Krankenhaus St. Georgen eingeliefert werden.

Tagung der Jugendherbergsführer in Baden

Anläßlich der Tagung der Sozialreferenten der Hitler-Jugend in Karlsruhe versammelten sich auch die Jugendherbergsreferenten des ganzen Landes zu erster Arbeit.

Vom Führer des Jugendherbergswerkes Baden wurde ihnen die neue Organisation des Jugendherbergswerkes klar gemacht und das Arbeitsprogramm für Frühjahr und Sommer 1934 übergeben. Ein grundsätzlicher Wandel in der Organisation wurde infolgedessen geschaffen, als die Jugendherbergsreferenten bei den Bannstellen die selbständigen Dienststellen ihres Bannbereiches werden, die in ihrem Dienstbereich alle Jugendherbergsfragen selbstständig erledigen. In allen Jugendherbergsangelegenheiten wenden sich künftig die Ortsgruppenführer an den zuständigen Jugendherbergsreferenten, der für das Vorwärtstragen der Jugendherbergs-idee in seinem Bereich verantwortlich ist.

Der Gau tritt in die Trägerschaft für sämtliche Jugendherbergen ein, soweit solche von den Jugendherbergs-Ortsgruppen betreut wurden. Mit dieser Regelung wird nicht nur eine einheitliche, gleichmäßige Verpflegung der Jugendherbergen erzielt, sondern die Arbeitsfreude der Schaffer draußen wesentlich gehoben.

Weitere wichtige Beschlüsse wurden bekanntgegeben, die sich auf den Ausbau des Jugendherbergsnetzes beziehen und im Laufe des Jahres 1934 zur Durchführung gelangen sollen.

Die enge Anlehnung der Jugendherbergs-Organisation an die Organisation der Hitler-Jugend und die Erweiterung sich mehr und mehr als starke Förderung des Jugendherbergswerkes. Voller Tatendrang und neuer Schaffensfreude kehren die Teilnehmer an der Tagung zur Arbeit nach Hause zurück.

Lehrerkundgebung in Wolfach.

Die Lehrer aller Schulgattungen des Kreises Wolfach versammelten sich dieser Tage zu einer großen Kundgebung für den Gedanken der nationalsozialistischen Erziehung zum ersten Male seit der nationalen Erhebung. Als Redner sprach der Kreisleiter des nationalsozialistischen Lehrerbundes, Hauptlehrer J. Lamm-Gutach, über das Thema „Der Erzieher im neuen Staat“. Ein Lichtbildvortrag „Die Rassen des deutschen Volkes“ folgte. Im weiteren Verlauf der Kundgebung wechselten gesungene Darbietungen und Vorträge ab. An der Veranstaltung nahmen achtzig Lehrer teil.

b. Buchen, 16. Jan. (Bauerntagung.) Ueberaus gut besucht war die Bauerntagung, die unter Leitung von Kreisführer Sod-Hainstadt in der Schönenhalle stattfand. Volkswirt Vg. Holzwarth sprach über das Volkserntungs- und das Reichserntungsgebot; Landrat Dr. Wagner berichtete über den Stand der Feldbereinigung im Bezirk; Kreisführer Dr. Glod hielt einen Vortrag über „Rasse, Erbschaft und Bevölkerungspolitik“. Kreisleiter Baron von Gerstlein sprach ein Dankwort an die Referenten und schloß die Tagung mit einem dreifachen Sieg Heil auf Vaterland und Führer.

Anordnung an einen Unternehmer vergeben werden. — Die Hilfsstellenbehörde wird dem SS-Mann Josef Ziegler übertragen. Gleichzeitig wird auch die Bezahlung der Stelle geregelt. — Der Antrag der Stadt Karlsruhe, zur Aufrechterhaltung der Kleinbahn Karlsruhe-Dürmersheim einen Zuschuß zu leisten oder einer Interessengemeinschaft beizutreten, mußte im Hinblick auf die finanzielle Lage der Gemeinde abgelehnt werden.

Heidelberg, 16. Jan. (176 000 RM. Instandsetzungszuschüsse.) Auf Grund der Maßnahmen der Reichsregierung zur Durchführung des Arbeitsbeschaffungsprogramms wurden im Amtsbezirk Heidelberg, ausgenommen Stadtbezirk Heidelberg, im Monat Dezember 1933 für die Instandsetzung und den Umbau von Gebäuden durch Vorbeschlebe Zuschüsse in Höhe von 176 040 RM. bewilligt. An die Antragsteller ausbezahlt wurden 2 985 RM. Die zugeteilten Mittel sind bis auf einen kleinen Betrag aufgebraucht. Da noch eine sehr rege Nachfrage nach Zuschüssen besteht, wurde die Zuweisung weiterer Mittel beantragt.

b. Buchen, 15. Jan. (Bermessungsamt.) Geometer D'Winger beim Bermessungsamt Donaueschingen wurde in gleicher Eigenschaft zum Bermessungsamt Buchen veretzt, wo ein Feldbereinigungsamt eingerichtet wird.

Neckarhausen, 16. Jan. (Bürgermeisterwahl.) Bei der Bürgermeisterwahl wurde einstimmig der seit März 1933 im Amt des städtischen kommissarische Bürgermeister Karl Schredensberger gewählt.

b. Sindolsheim, 15. Jan. (Baderregulierung.) Einstimmig wurde die Regulierung der Rinne beschlossen, nachdem Baurat Joh. Taubert-Bischofsheim und Landesökonomierat Traut-Vorberg über die Bedeutung der Maßnahme gesprochen hatten. Zahlreiche Personen werden durch dieses Unternehmen monatlich Arbeit und Brot erhalten.

b. Göggingen, 1. Buchen, 15. Jan. (Kultivierungsarbeit.) Die Durchführung der Feldbereinigung und der Verlegung des Rinnebachs wurde einstimmig beschlossen. Landrat Dr. Wagner, Vermessungsrat Brünner, Baurat Goh und Dr. Anslinger sprachen aufklärend über die Bedeutung des Unternehmens, mit dem Anfangs Februar auf Gemarkung Bofenheim, im Herbst auf Gemarkung Göggingen begonnen werden soll.

Kastatt, 13. Jan. (Aus dem Stadtrat.) Die Stadt Kastatt schließt sich dem Vorgehen des Reiches und des Landes Baden hinsichtlich des Erlasses der Rückstände an der städtischen Grund- und Gewerbesteuer an. Die Erlassung dieser Steuern kann gewährt werden für Erlassbeschaffungen an Maschinen, Geräten und Werkzeugen, für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten, Wohnungsteilungen, Umbauten und Ausbauten. In Frage kommen die Gewerbebetriebe, die vor dem 1. Januar 1933, und die Grundbetriebe, die vor dem 1. Januar 1932 fällig geworden sind, soweit es sich um Rückstände handelt. Die Gebäudefondsteuer wird ausdrücklich hiervon ausgenommen. Der Steuerpflichtige Aufwendungen macht. Der Erlaß des Rückstandes an städtischen Grund- und Gewerbesteuer kommt nur für solche Aufwendungen in Frage, die hier gelegenen Grundstücken oder Betrieben zugute kommen.

Märkte in Baden.

Durlach, 13. Jan. Schweinemarkt. Zufuhr und Preise je Paar: 86 Rindschweine 24-30 RM., 51 Läufer 32-40 RM., Verkauf 21 Läufer und alle Kerfel.

Bretzen, 16. Jan. Schweinemarkt. Zufuhr: 12 Läufer zum Preise von 34 RM. pro Paar.

Mühl, 15. Jan. Schweinemarkt. Aufscharen: 107 Kerfel, 33 Läufer, 10 Kerfel. Verkauf wurden 107 Kerfel und 30 Läufer. Preise: Per höchste Preis 32 RM.; für Läuferpreise war der höchste Preis 40 RM., der mittlere Preis 50 RM., der höchste Preis 60 RM., das Paar.

Hosbach, 15. Jan. Schweinemarkt. Zufuhr: 6 Läufer, 17 Kerfel. Preise pro Paar 50-60 bzw. 22-35 RM. Der Verkaufsgang war gut.

Waldbrunn, 15. Jan. Vieh- und Schweinemarkt. Zufuhr an dem Viehmarkt 28 Stück darunter 10 Schafe, 5 Stiere, 8 Kalbinnen, 14 Kinder, 1 Karren. Verkauf wurden: 5 Cälben zu 250-300 RM., 8 Stiere zu 180-250 RM., 4 Kalbinnen zu 320-380 RM., 8 Kinder zu 120-180 RM. Handel mittelmäßig. Zufuhr an dem Schweinemarkt: 94 Stück, darunter 86 Kerfel, 8 Läufer. Verkauf wurden 70 Kerfel zu 32, 33 und 35 RM., 1 Paar Läufer zu 62 RM. Handel lebhaft.

Neckarh., 15. Jan. (Schweinemarkt.) Aufgeführt 150 Kerfel; verkauft alle, Preis 32-37 RM. je Paar Handel gut.

Bei Kopfschmerzen, Migräne, Unbehagen aller Art, Muskel- u. Gelenk-Rheumatismus

Pyramidon Die neue Taschenpackung

zu 20 Tabletten à 0,3 g



Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 17. Januar 1934.

Zum Ausbau des Fasanengartens.

Nachdem das Mittelstück des Fasanengartens im Verlauf des letzten Jahres zu einem eindrucksvollen Parkstück ausgestaltet worden ist, beabsichtigt man, in Verbindung mit Erneuerungen im Schlossgarten und Hardtwaldgebiet fernerhin auch für weitere Instandsetzung des Fasanengartens Sorge zu tragen. Gegenwärtig erfolgt ein Umbau des großen Zierteiches unmittelbar am Eisernen Tor, der auf der Westseite vom Schlossgarten nach der Parkstraße liegt. Es soll um diesen im Sommer mit Gold- und anderen Zierfischen besetzten Teich ein Rundweg angelegt werden, zugleich werden innerhalb des Bassins neuzeitliche Veränderungen durchgeführt. Sobald einige finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, wird der rückwärtige Teil des Fasanengartens, der sogen. „Hiberwald“, in dem sich für die folgenden Jahre Zwischenfall zwischen Verbrechern und Polizeibeamten abspielte, ausgebaut; eine starke Pflanzung des dort vorhandenen Didiats und Gestrüpps ist in Aussicht genommen, wie überhaupt innerhalb des Fasanengartenbereiches weitere Ausgrabungen zu erwarten sind. Einige Holzschläge haben in den letzten Wochen stattgefunden; das zur Versteigerung stehende Schlagholz säumt zurzeit verschiedene Begründer des Gartens und dürfte recht bald seine Liebhaber finden.

Gegen die Entlassung Jugendlicher nach Beendigung der Lehrzeit.

Ein Aufruf der Reichsjugendführung.

Das Soziale Amt der Reichsjugendführung hat den folgenden, bedeutamen Aufruf erlassen: Das Winterhalbjahr geht seinem Ende entgegen. Otern, das von allen freudig erwartete Fest, erfüllt wieder einmal rund 400 000 Jugendliche, Lehrlinge aus allen Berufen, neben allem Hoffen mit bangen Fragen um Existenz und Zukunft. „Ausgelernt“, hinter diesem bescheidenen Wort laßen in den vergangenen Jahren viele junge Geister das Wort „Entlassen“.

Inzwischen hat der Führer Volk und Wirtschaft mobilisiert zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, dessen Ausgang für das Wohl und Wehe des gesamten Volkes von entscheidender Bedeutung ist. Es darf daher nicht sein, daß die zu Otern auslernenden Lehrlinge aus ihrem Beruf auch diesmal entlassen werden, nachdem sie mit Fleiß Tag für Tag und vielfach noch in Abendstunden ihre Kräfte und Fähigkeiten für ihren Beruf und oft für die Spezialarbeiten des Betriebes ausgebildet haben. Es darf nicht sein, daß sie nach jahrelangem Hoffen und Streben nun diese große Enttäuschung erleben, zu dem Heer der Untätigen stoßen, ihren Beruf verlernen, den Willen zur Leistung verlieren und letzten Endes an den bestehenden Ehrbegriffen zu zweifeln beginnen.

Eine auf eigene deutsche Wirtschaft kann sich das nicht leisten. Jeder moralische Verfall wirkt sich letzten Endes schädigend auch auf jedes Unternehmen aus. Es bedarf daher der Opfer aller, um diese Schäden zu verhindern. Schließlich darf es auch nicht sein, daß viele deutsche Familien, die mit Geduld auf die so dringend benötigte einzige Verdienstmöglichkeit, dem Einkommen dieser jungen Geister, gewartet haben, erneut Enttäuschungen erleben. Die Hitler-Jugend hat durch das Jugendamt der Deutschen Arbeitsfront mit frischer Kraft die Werbung für Berufsbildung und -leitung in der Jugend aufgenommen. Eine Entlassung Jugendlicher nach der zu Otern beendeten Lehrzeit würde auch auf diese Aufbauarbeit stark beeinträchtigenden Einfluß haben.

Wir richten daher an alle Betriebsführer und Meister, sowie alle in dieser Hinsicht einflussreichen Instanzen des Staates und der Wirtschaft die dringende Bitte, alles zu tun und nichts unversucht zu lassen, um auch dem letzten zu Otern auslernenden Lehrling die Weiterbeschäftigung im Betrieb zu ermöglichen.

Schulhaft begründet fristlose Entlassung.

Wie der „Deutschen Justiz“ zu entnehmen ist, bildet die Verhängung von Schulhaft in jedem Falle einen Grund zur fristlosen Entlassung von Arbeitnehmern. Dem wegen verhängter Schulhaft fristlos entlassenen Arbeitnehmer steht ein Einspruchsrecht gegen die Entlassung nicht zu. Auch einen Anspruch auf Entschädigung kann der Entlassene nicht geltend machen, da Schulhaft kein unverschuldetes Unglück ist. Möglicherweise steht vielmehr umgekehrt dem Arbeitgeber ein Schadensersatzanspruch gegen den Arbeitnehmer zu. Zur fristlosen Entlassung eines in Schulhaft genommenen Betriebsvertretungsmitgliedes ist die Zustimmung der Betriebsvertretung nicht erforderlich. Ebeniowenig bedarf es zur fristlosen Entlassung eines in Schulhaft genommenen Schwerbeschädigten der Zustimmung der Hauptfürsorgestelle.

Veranstaltung zu Gunsten des Winterhilfswerkes im Weiberfeld. Am Weiberhofsaal fand am Samstag eine Wiederholung des Festspiels von deutscher Lieb- und Treue „Des Glockenführers Tochterlein“ von Hans Hopt durch den ausstrebenden Gesangsverein „Liederfranz Weiberfeld“ statt. Der Erlös war diesmal für die Winterhilfe bestimmt. Die Werbung zu dieser Veranstaltung übernahm die W-Ortsgruppe Weiberfeld unter Herrn Amend zusammen mit Herrn Pfleger dem Führer des Gesangsvereins. So war denn der Saal auch diesmal wieder voll besetzt. Nach einleitenden Musikstücken der Hauskapelle unter Hans Döblers leistungsvoller Führung begann das Spiel. Es war eine Freude, festzustellen, mit welcher Hingabe die frohe Spielführer unter der Leitung der Herren Mitschke und Kerkert bei der Sache war. Vielen beiden Herren, den Hauptdarstellern und den übrigen Mitwirkenden ein Gesamtlob, da bereits eine eingehende Würdigung bei der erstmaligen Aufführung an dieser Stelle erschienen ist. Sie haben sich den Dank aller, die gekommen waren, verdient. Der reiche Beifall hat das bewiesen. Der schönste Dank aber sei allen das Bemühen, durch die Tat mitgeholfen zu haben am Winterhilfswerk, zu dem unser Führer rief.

Die Ortsgruppe Karlsruhe im Reichsbund der Kinderreichen veranstaltete am Sonntag, den 14. Januar im Weiberhofsaal einen Familienabend, der trotz der ungünstigen Witterung gut besucht war. Eine reichhaltige Vortragsfolge brachte einen angenehmen Abend. In dankenswerter Weise stellten sich zahlreiche Künstler in uneigennützigster Weise in den Dienst des Bundes. Herr Konzertfänger Weber verführte auch diesmal wieder den Abend durch vier Solo-Gesänge für Tenor, die so reichen Beifall fanden, daß er eine Dreingabe gab. Sein Tochterchen begleitete ihn mit viel Verständnis. Herr Oberhardt mit Sohn und Tochter, die einige Konzertsätze für 2 Violinen und Klavier recht stimmungsvoll vortrugen, konnten verdienten Beifall finden. Auch das Tanzlied der kleinen Erica Kauff, sowie ihr Herbslied fanden aufmerksame Zuhörer. Die verschiedenen Musikstücke von Brunhild Strauß und Erna Gerhardt gaben dem Abend eine lebhaftete Note. In einem von der Fünftler Bühne gut gespielten wirkungsvollen Einakter kam trefflicher Humor zu seinem Recht. Die Geschwister Wagner erfreuten durch zwei Vortragsstücke für Mandoline und Gitarre. Zum Schluß dankte Herr Ortsgruppenführer Kauff allen Mitwirkenden für den gelungenen Abend. Ein dreifaches Sieg-Heil, Horst Wessels und Deutschland-Lied beschloßen den Abend.

Ihren 80. Geburtstag feiert in Erpelerdorf und geistiger Frische Frau Agathe Gündert, Gerwigstraße 54a.

Auszug aus den Ständebüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 15. Jan.: Karoline Geiger, ledig, 64 Jahre alt, ohne Beruf. Beerdigung: 17. Jan., 14.30 Uhr. Karoline Wolk Müller, geb. Schäble, 63 Jahre alt, Witwe von Friedrich Wolk Müller, Fleischer und Metzger. Beerdigung: 17. Jan., 15 Uhr. Friedrich Kirck, 81 Jahre alt, Rentner a. D., Beerdigung: 18. Jan., 11 Uhr (Kreierbestattung). Helene Geyer, 74 Jahre alt, Rentnerin. Beerdigung: 18. Jan., 14 Uhr. — 16. Jan.: Luise Bader, geb. Fris, 64 Jahre alt, Ehefrau von Ludwig Bader, Maurer. Beerdigung: 18. Januar, 14.30 Uhr.

Leistung und Verteilung des Winterhilfswerks.

Geplante Gesamtleistung im Werte von 300 Mill. RM.

Der „Nationalsozialistische Volksdienst“, das Organ der NS-Volkswirtschaft, bringt in seinem neuen Heft Ausführungen von Dr. Kurt Werner zur volkswirtschaftlichen Bedeutung des Winterhilfswerks. Wir entnehmen ihnen die folgenden aufschlußreichen Angaben über Leistung und Verteilung des Winterhilfswerks: Um die Bedeutung des Winterhilfswerks wirklich würdigen zu können, muß man bedenken, daß es sich bei den von ihm betreuten Hilfsbedürftigen zum größten Teil nicht um Einzelpfänger, sondern um Familienernährer handelt, hinter denen jeweils eine Anzahl Angehöriger steht. Bei der Kohlenversorgung beträgt das Verhältnis zwischen Einzelpfängern und Haushalten rd. 15:85, bei der Gesamtheit der Leistungen dürfte es wohl etwas größer sein. Geht

RM. veranschlagt. Sie werden grundsätzlich nur in Gütern oder Gutscheinen und bei Einzelfällen in Dienstleistungen, z. B. Krankenbehandlung, nicht in Bargeldform dem Bedürftigen zur Verfügung gestellt. In dieser Schätzung sind die Kohlenlieferungen mit rund 50 Mill. RM. gleich 40 Mill. Ztr., die Kartoffellieferungen mit rund 20 Mill. RM. gleich 12 Mill. Ztr. und die Mehl- und Brotversorgung mit rund 10 Mill. RM. gleich 1,2 Mill. Ztr. angelegt. Der danach verbleibende Gesamtwert von rund 220 Mill. RM. verteilt sich in erster Linie auf die übrigen, teils mit gependeltem Geld gekauften, teils natural gespendeten Lebensmittel bzw. Spelungen und die Kleidungsstücke.

Aus der vom Winterhilfswerk aufzubringenden Kohlenmenge soll jeder Haushalt im allgemeinen durchschnittlich für die eigentlichen Wintermonate mindestens 1 Ztr. Kohlen monatlich erhalten. Im ganzen sind bis Weihnachten rund 20 Mill. Ztr. Kohlen, d. h. etwa die Hälfte der für den Winter vorgesehenen Menge, zugeteilt worden.

Es handelt sich bei der Kohlenversorgung des Winterhilfswerks keineswegs um eine bürokratisch geregelte Verteilungswirtschaft, vielmehr ist der gesamte Kohlenhandel durch ein sinnvolles System in die Verteilung eingegliedert. Nach vorgemessener Prüfung teilt die Reichsführung den Ortsgruppen Kohlen-Gutscheine zu. Diese, auf eine bestimmte Menge ortsüblicher Kohle lautenden Gutscheine werden an die Bedürftigen ausgegeben, die gegen sie vom Kohlenhändler die Kohle beziehen. Der Kohlenhändler erhält für die eingesammelten Gutscheine Wertquittungen, die auf Reichsmark lauten, und kann mit diesen Wertquittungen an seinen Großhändler und dieser weiter an das Syndikat zahlen. Letzteres endlich bekommt die Wertquittungen von der Reichsführung des Winterhilfswerks aus den ihr zur Verfügung stehenden Geldpenden honoriert. In dieser Weise wird das ganze deutsche Volk durch seine Geldpenden: der Kohlenbergbau durch besondere Syndikatspenden, der Großhandel durch finanzielle und organisatorische Hilfe, der Kohlenhandel und Kohlenhandel durch Verteilung der Kohlen ohne eigenen Nutzen und endlich die Reichsbahn durch Rückerstattung der Frachten bei der Kohlenversorgung zusammen.

Neben der Brennstoffversorgung ist die zweite Hauptaufgabe des Winterhilfswerks die Kartoffelversorgung, die in den ersten Monaten aus klimatischen Gründen besonders in den Vorbergründ getreten ist. Es werden vom Winterhilfswerk rd. 12 Mill. Ztr. = 0,6 Mill. Tonnen Kartoffeln im Werte von rd. 20 Mill. RM. zur Verteilung gelangen, wobei für den Winter auf den Kopf der bedürftigen Unterpfängler durchschnittlich rd. 2 Ztr., auf den Kopf der insgesamt von der Winterhilfe auch mittelbar einfließ. Angehörigen betreuten Volksgenossen rd. 2/3 Ztr. entfallen. Es handelt sich bei dieser Kartoffelverteilung um beträchtliche Mengen; die erfassten Kartoffeln stellen 9,8 v. H. des halbjährlichen Verbrauches an Speisepotatoes in Deutschland im Jahre 1932 dar. Nach den Güteunterschieden der NS-Volkswirtschaft wurde Deutschland wie nach anderen Versorgungsarten so auch in Bezug auf die Kartoffelversorgung in Notstandsgebiete, Selbstversorgungsgebiete und Patengänge eingeteilt, wobei die Reichsstatistiken über den Güterverkehr, die Anbauflächen und die Arbeitstätigkeit gewisse Grundlagen boten.

Die verschiedenartigen anderen, zur Verteilung gelangenden Lebensmittel und die Kleidungsstücke, die teils natural gespendet, teils mit gependeltem Geldmitteln gekauft werden, stellen in ihrer Gesamtheit noch weit höhere Werte dar als die Kohlen- und Kartoffelbeschaffung. Sie sind jedoch infolge ihrer Mannigfaltigkeit zur Zeit noch nicht hinreichend statistisch übersehbar.

Fünf Millionen Rosetten entstehen.



Das Winterhilfswerk hat bekanntlich bei der Planener Spinnindustrie 5 Millionen Rosetten in Auftrag gegeben, die als Ankerabzeichen Verwendung finden werden. Für die Planener Spinnindustrie bedeutet dies eine Befehung, die sie dringend nötig hat. Auf unserem Bilde sieht man Spinnarbeiterinnen, die mit der Herstellung der Rosetten beschäftigt sind.

man hiervon als Grundlage aus und rechnet man auf den Haushalt durchschnittlich 3 Personen, so kommt man für die Gesamtzahl aller derjenigen Volksgenossen, die mittelbar oder unmittelbar an den Unterpfänglerleistungen der Winterhilfe Anteil haben, auf rund 16 bis 19 Millionen, d. h. also über ein Viertel des ganzen deutschen Volkes.

Die geplanten Gesamtleistungen des Winterhilfswerks werden auf einen Gesamtwert in der Größenordnung von etwa 300 Mill.

Berein ehemaliger 113er.

Der Verein ehemaliger 113er hat, wie in den letzten Jahren, auch dieses Jahr wieder eine Weihnachtsfeier für die Kleinen und zwar am 25. Dez. im Saalbau, bei Henninger, abgehalten. Unter dem brennenden Weihnachtsbaum weiterleiteten die Kleinen im Vortrag von Gebieten und Weihnachtsliedern. Reichen Beifall fand bei Jung und Alt das von Kindern unter der Leitung von Frau Kammeyer und Herrn Urry aufgeführte Theaterstück „Strawpelpeter im Weihnachtswald“ und ebenso der von Fräulein Steh eingeleitete und von 6 Mädchen vorgeführte Reigen, der wiederholt werden mußte. Der Höhepunkt der Feier bildete jedoch das Erscheinen des Christkindens mit Knecht Ruprecht, welche nach allerhand Ermahnungen an die Buben und Mädels die ersehnten Patetken verteilten.

Schön und harmonisch verlief auch die Weihnachtsfeier für die Erwachsenen, die am Samstag, den 30. Dezember, im Saale der Walthalla, stattfand. Der Saal war, wie immer, bis auf den letzten Platz besetzt. Eine Abteilung der Standardkapelle 109 leitete mit einem schneidig gespielten Marsch die Feier ein. Nach einem von Fräulein Baumann vorgetragenen Prolog begrüßte der Vereinsführer, Bugger, die Teilnehmer, unter diesen besonders Frau von Davans, den Landesführer des Landesverbandes Baden des deutschen Kaffhäuserbundes, Herrn Präsident Häsler, den Gauführer des Ab- und Pfingstgauerbundes, Herrn Reber, den Ehrenführer des Vereins, Herrn Rechtsanwalt Schneider und die Ehrenamterabenden des Vereins.

Im Verlauf seiner Ansprache gedachte der Redner auch der arbeitslosen und tranten Vereinsmitglieder, sowie der verstorbenen Mitglieder und im besonderen auch der gefallenen Soldaten des Weltkrieges, wobei sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben, während die Musik das Lied vom guten Kameraden spielte. Mit einem Sieg Heil für Generalfeldmarschall von Hindenburg, unsern Führer Adolf Hitler und unser geliebtes Vaterland, schloß der Redner seine Ausführungen. Im Anschluß hieran wurden das Deutschland- und Horst-Wesselslied gesungen. Die weitere Abmildung des Programms löste bei allen Anwesenden ungeteilten Beifall aus. Die kleine Künstlerin, Doris Hugo, eröffnete mit ihrem Spitzentanz „Die Weihnachtskugeln“ fürmlichen Beifall. Auch die weiteren, zusammen mit ihrer Schwester Marlis vorgeführten Tänze „Ganotte“ und „Puppentanz“ entzückten alle Teilnehmer. Fräulein Hedinger und Fräulein Brehm fanden mit ihren beiden Duetten „Sennerin's Abschied von der Alm“ und „Sennerin's Heimkehr nach der Alm“ ebenfalls reichen Beifall. Auch der 13jährige Fritz Kuchmann zeigte auf seiner Harmonika mit dem „Gruß aus Schleien“ und „Glücklicher Bauernstanz“ ein überraschendes Können. Das am Schluß des ersten Teils des Abends gespielte Theaterstück „A bionderer Bua“ wurde von allen Festteilnehmern mit lebhaftem Beifall und wärmster Anerkennung aufgenommen.

Im Mittelpunkt des Abends stand die Ehrung verdienter Mitglieder, die durch den Führer des Ab- und Pfingstgauerbundes, Herrn Reber, vorgenommen wurde. Es erhielten das Abzeichen für 40jährige Mitgliedschaft Georg Moser und das Abzeichen für 25 Jahre Mitgliedschaft die Herren Heilmann Leopold, Beder, Felix, Oberst von Bulmering, Müller Jakob, Bogt Emil, Kiefer Friedrich.

Einheitsbewertung der Betriebsvermögen hinausgeschoben.

Der Reichsfinanzminister hat in einer Verordnung bestimmt, daß die ursprünglich nach dem Stand vom 1. Januar 1934 geplante neue Einheitsbewertung der Betriebsvermögen hinausgeschoben wird. Die Verordnung besagt, daß die nächste Hauptfeststellung der Einheitsbewertung für das Betriebsvermögen, nicht nach dem Stand vom Beginn des 1. Januar 1934, sondern nach dem Stand vom Beginn des 1. Januar 1935 stattfindet.

Deutscher Abend der NS-Kriegsopfer.

Die Untergruppe Süd der NS-Kriegsopferversorgung veranstaltete am Samstagabend im überfüllten Walthalla-Saal einen „Deutschen Abend“, der neben geistlicher Unterhaltung in engstem Kameradschaftskreise in erster Linie dem Befähnen auf deutsches Denken und Trachten galt und ganz dazu angelegt war, die Bande wahrer Volksgemeinschaft noch enger zu schlingen. So wurde unter Mitwirkung bekannter Künstler und Solisten wie der Philharmonischen Gesellschaft (Gen. Chor-Dirigenten, Feudster-Quartett, Sopranistin Anny Blain, des Tenoristen D. Seyfried und Kinderchor) unter der musikalischen Gesamtleitung von Dr. R. S. Schilling der genussreiche Abend zu einer erbaulichen Feierstunde.

Zur Einleitung der reichhaltigen, gediegenen Programmfolge brachte das Orchester die Ouvertüre zu „Orpheus in der Unterwelt“ von Offenbach zu Gehör.

Untergruppenführer Zimmermann verlieh seiner Begrüßung über den ausgezeichneten Besuch freudig Ausdruck. Dieser sei erneut ein Beweis für das Zusammengehörigkeitsgefühl und den kameradschaftlichen, fortschrittlichen Geist innerhalb der Gruppe und dokumentiere, daß die Volksgemeinschaft in der Südstadt tief Wurzel geschlagen habe.

Nach der Ansprache des Obmanns gelangte das neueste Werk des bekannten einheimischen Komponisten Musikdirektors Lütgers „Blamm auf du deutsches Morgenrot“, eine grandiose Symphonie an das Vaterland für gemischten Chor und Orchester, zur Aufführung, das einen gemächlichen Eindruck bei der Hörerschaft hinterließ und dem Schöpfer ein weiteres Vorbereit in den Kranz seiner leiberrigen Erfolge stiftet. Chor und Orchester vollbrachten damit dank der überragenden Führung des Dirigenten eine Bravoleistung. Eine ungeahnte Überraschung hatte die Regie in der dramatischen Handlung in 5 Aufzügen und einem effektvollen Schlußbild „Das Vaterland über alles“ bereit, die nach dem Vorbild der Chorfonie „Deutscher Ausdruck“ von Schilling in Szene ging, gleichfalls eine Gritaufführung, die Autor, Obmann Zimmermann, Komponist Musikdirektor Dr. Steidel und Mitwirkende (Kinderchor, Männerquartett, Tänzerin, SA-Männer) am Schluß der technisch gut durchgeführten Aufführung lebhaft feiern ließ. Das Werk, mit seiner ethisch-erzieherischen Tendenz, das die Vaterlandsliebe durch den Opfertod ihrer Verteidiger höchsten Triumph feiern läßt und Kampf und Sieg des Nationalsozialismus in dramatisch wirkungsvoll gesteigerten Bildern verherrlicht, verdient es, weiteren Kreisen zugänglich gemacht zu werden. Mit dem „Mitniederländischen Dankgebet“ (Orchester, Männerquartett und Kinderchor) klang der beifällige Teil der Vortragsfolge erbebend aus.

Im zweiten Abschnitt des Programms kam die heitere Note zur Geltung. Die Mitwirkenden, der gemischte Chor, die ebenfalls genannten Solisten, das Quartett und Orchester sowie die jugendliche Tänzerin, Annaliese Preiser, konnten für ihre ausgezeichneten Darbietungen reichen Beifall einheimen. Erst zu später Stunde schied man, innerlich erbart, und mit Befriedigung im Herzen.

Briefkasten.

(Anfragen können nur Berücksichtigung finden, wenn die laufende Abonnements-Lieferung und die Porto-Ausgaben beizufügt werden.) 498. M. H. I. Sch.: Brieflich beantwortet. 499. M. H. I. Sch.: Brieflich beantwortet. 500. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 501. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 502. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 503. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 504. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 505. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 506. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 507. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 508. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 509. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist. 510. M. H. I. Sch.: Die Bauzustandsgenehmigung ist in Ordnung, da der Bauer mit dem Baugrund seit Jahren in Vertrag ist.

